A1 Finanzlage der kreisfreien Städte

Antragsteller*in: Lea & Natalie (KV Kaiserslautern & Trier)

Antragstext

- Schluss mit Zwang zu bodenloser kommunaler Verschuldung!
- Die Finanzlage der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz ist nicht nur würdelos
- sondern schlicht verfassungswidrig
- 4 Die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz gehören zu den am höchsten
- verschuldeten Städten Deutschlands. Laut Rechnungshof-Bericht von 2015 ist
- 6 Pirmasens die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung deutschlandweit, es
- folgen Kaiserslautern auf Platz 2, Zweibrücken auf Platz 6, Ludwigshafen auf
- 8 Platz 7 und Trier auf Platz 10. 85% aller kommunaler Kassenkredite in
- 9 Deutschland sind von Kommunen in NRW, dem Saarland und Rheinland-Pfalz. Das
- zeigt: In Rheinland-Pfalz gibt es ein strukturelles Problem hinsichtlich der
- Ausfinanzierung von Kommunen, ganz besondere der kreisfreien Städte. Die Folge
- jahrzehntelanger struktureller Defizite sind massive Investitionsdefizite und
- 13 Verschuldungen, die die betroffenen Kommunen aus eigener Kraft niemals abbauen
- 14 können.
- 15 Die finanzielle Situation unserer Kommunen höhlt die kommunale Selbstverwaltung
- aus und ist unseremdemokratischen Gemeinwesen absolut abträglich. Dies zeigt
- 17 sich insbesondere bei den sogenannten "freiwilligen Leistungen": Alljährliche
- 18 Konflikte mit der ADD, weil die Haushalte nicht den aktuellen Gesetzen
- 😕 entsprechen können. Die dabei erlangten Deals führen zu Gebührenerhöhungen für
- Musikschulen, erhöhten Eintrittsgeldern bei Schwimmbädern,beziehungsweise.
- gleich zu deren Schließung, zu Bibliotheken, die kaum noch Literatur beschaffen
- können, zu Diskussionen um Zoos, Wildparks und Theater. Man kann das würdelos
- 23 nennen. Es verstößt jedoch gegen unsere Verfassung, denn das Recht auf kommunale
- 24 Selbstverwaltung gilt überall im Lande auch in den kreisfreien Städten. Wie
- vom Landesverfassungsgericht anerkannt, gehört zu diesem Recht eine
- 26 Finanzausstattung, die "freiwillige Leistungen" in angemessenem Umfang
- 27 ermöglicht.
- Die Realität in Rheinland-Pfalz hat mit gerechter, grüner und nachhaltiger
- Politik nichts zu tun. Die Landesregierungenhaben sich diesem Problem bisher
- 50 bestenfalls halbherzig angenommen trotz einschlägiger Urteile von
- Verwaltungsgerichten bzw. vom Landesverfassungsgericht. Für die Schuldenbremse
- 32 auf Landesebene bezahlen die Kommunen und besonders die kreisfreien Städte.
- Grüne Politik muss sein, diesen zu Zustand zu beenden. Dafür sind drei
- wesentliche Punkte entscheidend:
- 1. Es muss einen Altschuldenschnitt geben. Angesichts der Niedrigzinsphase ist
- der Zeitpunkt hierfür günstig. Hessen hat es mit der Hessenkasse vorgemacht,
- 37 selbst das Saarland hat ein Modell umgesetzt. Nun ist endlich Rheinland-Pfalz
- gefragt die Chance darf nicht verpasst werden.
 - 2. Die Mittelzuweisungen des Landes müssen bedarfsgerecht sein.
- 40 3. Das Konnexitäts-Prinzip ist vollständig einzuhalten: Vom Land verlangte
- 41 Leistungen wie z.B. der Betrieb von Kindergärten, Schulbuchausleihe,

- Beförderungskosten für Schüler/innen und weitere Sozialleistungen müssen vollständig vom Land refinanziert werden.
- 44 Die Grünen auf Landesebene haben sich diesem Problem lange Zeit nahezu nicht
- gestellt, sondern sich eher weggeduckt. Dies können wir als Kreisverbände der
- betroffenen Kommunen nicht länger akzeptieren. Wir fordern, dass unsere Probleme
- ernst genommen und prioritär angegangen werden! Es sei in aller Bescheidenheit
- darauf verwiesen, dass das Gros unserer Wähler aus den kreisfreien Städten
- kommt. Es muss im Landtagswahlprogramm ein klares Bekenntnis zu den Städten und
- den von uns genannten drei Punkten an prominenter Stelle geben. Wir fordern von
- der künftigen Landtagsfraktion konkrete Maßnahmen, um dieser
- Verschuldungsspirale ein Ende zu setzen. Demokratie fängt vor Ort an. Doch wenn
- Kommunen keinerlei politische Spielräume mehr haben, ist ökologische und
- nachhaltige Politik auf dieser Ebene nicht mehr möglich.